



## Die Vorgeschichte

Mit der Entscheidung des Stadtrates zur Erstellung von Bürgergutachten als Grundlage für die Erarbeitung von Stadtteilrahmenplänen wurde von der Stadt Trier eine sehr weitgehende Beteiligungsmöglichkeit für die Trierer Bevölkerung angeboten. Danach wurde in einem mehrjährigen Prozess für alle 19 Stadtteile ein Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt und mit den Bürgerinnen und Bürgern ein Bürgergutachten erstellt.

Die Bürgerbeteiligung Pfalzel wurde am 09. Oktober 2003 mit der offiziellen Eröffnung von Herrn Oberbürgermeister Schröder und dem Stadtvorstand gestartet. Von Beginn an waren 22 Bürger aus Pfalzel engagiert vertreten. In zwei Arbeitsgruppen a) Bauen, Wohnen, Verkehr, Umwelt und b) Versorgung, Soziales, Jugend sind in den folgenden Monaten viele Themenbereiche diskutiert und ausgearbeitet worden.

Anlässlich der öffentlichen Vorstellung des Bürgergutachtens am 07.07.2004 hatten die in großer Zahl anwesenden Pfälzeler Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die ihnen wichtigen Themen zu benennen. Per Punktevergabe legten sie eine Rangfolge ihrer Schwerpunkte fest. Dies waren: Umwelt, gefolgt von Sport, Jugendforum und innerörtlicher Verkehr (TV vom 14.07.2004, siehe Presse-Echo).

Der Leiter des Stadtentwicklungsamtes, Herr Dr. Johannes Weinand, regte an, zur konsequenten Umsetzung der wesentlichen Maßnahmen einen Bürgerverein für den Stadtteil zu gründen. Die Umsetzung dieses Planes wurde von der Stadt Trier organisatorisch und auch finanziell begleitet. Am 16.09.2004 wurde der [Bürgerverein Pfalzel e.V.](#) gegründet, am 19.11.2004 in das Vereinsregister eingetragen und am 20.12.2004 als gemeinnützig anerkannt.

## Bisherige Aktivitäten / Erfolge

Die erste große Herausforderung für unseren damals jungen Verein stellte das Genehmigungsverfahren zur Modernisierung und Erweiterung des Trierer Stahlwerks im Jahr 2006 dar. Nach einem gründlichen Studium der Genehmigungsunterlagen informierten wir am 03.02.2006 im alten Amtshaus über das Vorhaben des TSW und unsere Bedenken in verschiedenen Punkten der Planung. Daraufhin trugen gemeinsam mit uns mehr als 100 Bürger/innen Einwendungen gegen das Projekt vor. Den dadurch erforderlichen öffentlichen Erörterungstermin musste die Stadt Trier als Genehmigungsbehörde von einem kleinen Sitzungssaal im Rathaus in die Aula der Europäischen Rechtsakademie verlegen. Dort vertraten wir und viele der Einwender unsere Positionen. Nachdem dennoch eine Genehmigung entsprechend des Antrages erteilt wurde, legten wir dagegen gemeinsam mit dem BUND Widersprüche ein.

In mehrmonatigen Verhandlungen mit der Firma selbst, den Genehmigungsinstanzen und dem Rechtsamt der Stadt Trier erzielten wir deutliche Verbesserungen, die sich in zwei geänderten Genehmigungsbescheiden niederschlugen.

Schon damals haben wir uns einen Ruf als sachverständige und konsequente, aber faire und verlässliche Verhandlungspartner bei den beteiligten Parteien erworben.

In 2006 hat sich spontan eine Bürgerinitiative zur Verhinderung eines Funkmastes mitten im Wohngebiet und in kritischer Nähe zu einem Spielplatz, dem Kindergarten und von Sportstätten gebildet. Wir haben diese unterstützt und eng mit ihr zusammen gearbeitet. Da

der Mast bei Nacht und Nebel montiert worden war und sich dann ungeachtet der Proteste weder der Betreiber, noch der Vermieter, aber auch nicht die Stadt Trier in irgendeiner Weise beeindrucken ließen, waren diese gemeinsamen Bemühungen nicht erfolgreich. Daran konnten auch die Unterstützung und Vermittlungsversuche des Landtagsabgeordneten Schmitt nichts ändern.

Der SGD Nord haben wir wegen des Schwerpunktes Umwelt das Bürgergutachten übergeben. Dort war die Forderung nach ständigen Messstationen zur permanenten Überprüfung der Emissionen (Seite 42) formuliert. Herr Dr. Weißenmayer, Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht sowie Herr Bernhard Schmitt, Außenstelle Gewerbeaufsicht der SGD Nord in Trier haben 2007 die Erweiterung der europäischen Messnetze zur Überwachung von Luftschadstoffen genutzt, in Pfalzel eine dieser zusätzlichen, stationären Messeinrichtungen aufzustellen. Der Aufbau erfolgte Anfang März 2007 auf einem Grundstück der Baugenossenschaft Pfalzel an der Eltzstraße.

Die aufgelaufenen Mittelwerte dieser Station werden vierteljährlich auf der Internetseite des LUWG veröffentlicht. Wir analysieren zusätzlich die gesamten Messdaten, bilden auch Mittelwerte für die einzelnen Quartale, beobachten intensiv die Emissionsspitzen und versuchen Ursachen hierfür herauszufinden. Entsprechende Tabellen und unseren Kommentar dazu veröffentlichen wir regelmäßig auf dieser Homepage.

Insgesamt sind wegen unserer Hauptforderung im Bürgergutachten, die Schadstoffbelastung im Umfeld des Trierer Hafens messtechnisch zu erfassen drei jeweils einjährige Messprogramme durchgeführt worden, zuletzt für den Zeitraum von Juli 2012 bis Juni 2013. Darüber hinaus wurde zweimal – 2006 und 2010 – die Zentrale Expertengruppe Umweltschutz (ZEUS) des Landesumweltamtes mit intensiven Überprüfungen der beiden Hauptemittenten der Schwermetalle und Dioxine, dem TSW und der Schredderanlage Steil, beauftragt. In umfangreichen Prüfungsberichten sind Schwachstellen aufgezeigt und Gegenmaßnahmen vorgeschlagen worden.

Alle Berichte über diese Untersuchungen haben wir auf Grundlage des Landesumweltinformationsgesetzes (LUIG) angefordert, gründlich analysiert und auf dieser Seite kommentiert. Den betroffenen Behörden haben wir unsererseits immer wieder Vorschläge für eine nachhaltige Verbesserung der Umweltsituation vorgetragen.

Nicht zuletzt haben wir über mehrere Jahre kontinuierliche Lärmmessungen durchgeführt und auch diese Ergebnisse veröffentlicht. Insbesondere bezüglich der Belastung in den Nächten konnten wir eine nahezu permanente Überschreitung der gesetzlichen Grenzwerte belegen und auch hier deutliche Verbesserung erreichen. Aktuell stellen wir trotz eines Produktionsstillstandes beim TSW häufig Lärmüberschreitungen in der Nacht oder den frühen Morgenstunden fest oder werden darauf hingewiesen. Technisch und organisatorisch können wir unsere ständigen Messungen jederzeit wieder aufnehmen.

Am Rande haben wir 2010 für die Errichtung eines Bürgersolkraftwerkes auf der Mäusheckerschule geworben und 2013 für die EU Bürgerinitiative "Recht auf Wasser". 2011 unterstützten wir eine Resolution der Stadt Trier gegen das AKW Cattenom. Mit mehr als 600 Unterschriften haben wir über ein Drittel der insgesamt in Trier gesammelten beigesteuert.

2008 diskutierte die Stadt Trier die Schließung von Stadtteil-Friedhöfen. Auch hier trugen wir durch das Sammeln von annähernd 600 Unterschriften und Stellungnahmen an die Stadt Trier und alle Fraktionen im Stadtrat dazu bei, dass diese Pläne dann nicht weiter verfolgt worden sind.

Nach der Verbesserung der Umweltsituation galt das Interesse der Pfälzeler einer Förderung der Jugend im Ortsteil unter verschiedenen Aspekten. Auch diese Themen haben wir nicht aus den Augen verloren. So haben wir in 2008 zuerst die Kita mit einigen PC-Anlagen ausgestattet, mit der vorhandene Software zur sprachlichen Frühförderung von Kindern auch wirklich eingesetzt werden konnte. Wenige Monate später haben wir der Grundschule fünf hochwertige Notebooks übergeben.

Unser volles Engagement erforderten schon zum zweiten Male Pläne der Stadt Trier, einige Grundschulen zu schließen. Schon 2008 traten wir energisch den Plänen des damaligen Dezernenten Holkenbrink entgegen und trugen bei allen Verantwortlichen unsere Argumente für den Erhalt der Grundschule Pfälzel vor. Damals beendete der bevorstehende Kommunalwahlkampf die Diskussion, klar war aber, dass sie uns wieder einholen würde.

Dies geschah mit geballter Kraft unter der neuen Dezernentin Birk, die 2012 mit Unterstützung eines externen Beraters einen weiteren Anlauf startete. Diesmal galt Pfälzel als gesetzter Schließungskandidat. Erneut übernahmen wir im Wesentlichen die schriftliche Auseinandersetzung mit allen Beteiligten bis hin zum Bildungsministerium. Flankiert durch eine noch nie erlebte solidarische Unterstützung der gesamten Bevölkerung, die sich durch mehr als 1.800 Unterschriften und eine überwältigende Beteiligung an einer Mahnwache ausdrückte, sowie die eindeutige Positionierung des Gemeinderates erreichten wir als einziger betroffener Stadtteil, dass unsere Grundschule schon vor der entscheidenden Stadtratsitzung durch die Verwaltung und den Stadtvorstand bereits im Vorfeld von der Streichungsliste genommen wurde.

### Wie geht es weiter?

Die bisherigen Erfolge ermutigen uns, auf dieser Schiene fortzufahren. Zu dem aktuellen Flächennutzungsplan 2025 der Stadt Trier haben wir bereits eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Hier entscheidet sich, ob die Umzingelung unseres Stadtteils durch Industrie, Eisenbahn und Verkehr gestoppt werden kann oder unvermindert fortschreitet. Die Auswertung des letzten Berichtes über die Langzeitmessung 2012/2013 wird uns dazu veranlassen, den Behörden erneut gezielte Vorschläge für Verbesserungen zu unterbreiten und bisherige Versäumnisse aufzuzeigen.

Unsere Kontakte zu anderen Umweltorganisationen und Firmen – z. B. Umweltnetzwerk Hamburg, BUND Riesa, BI für lebenswerte Umwelt Riesa, Badische Stahlwerke Kehl usw. – helfen uns durch einem intensiven Erfahrungsaustausch in Umweltfragen.

### Was können Sie tun?

Wenn Sie unsere Arbeit für sinnvoll halten, können Sie uns durch Ihre Mitgliedschaft unterstützen. Wir erwarten keine aktive Beteiligung, auch wenn diese uns willkommen ist. Der kleine Beitrag von 12 €/Jahr erlaubt uns bescheidene Investitionen in Messgeräte, unter Umständen für Schadstoffanalysen oder kostenpflichtige Beratungen.

Wenn Sie mit Ihrer Mitgliedschaft dokumentieren, dass Sie hinter unseren Zielen stehen und diese unterstützen, verleihen Sie unserer Stimme in Verhandlungen mit Behörden und Firmen ein höheres Gewicht.